

ANALYSE DER PARLAMENTSWAHLEN IN SPANIEN #26J

**UNKLARE MEHRHEITSVERHÄLTNISSE UND ENTTÄUSCHENDE
LINKE – UNIDOS PODEMOS VERPASST DIE SENSATION**

Von Dominic Heilig



Inhalt

- 1. Kurzfassung und erste Ergebnisse**
- 2. Ausführliche Hintergrundinformationen und Geschichte**
- 3. Wer ist die Izquierda Unida (IU)?**
- 4. Von der Bürgerbewegung zur Partei - Podemos**
- 5. Der Bündnisfall sorgte für Streit**
- 6. Unidos Podemos – Vereint können wir es**

1. KURZFASSUNG UND ERSTE ERGEBNISSE

STICHWORTE

1. Die konservative Volkspartei (PP) ist die Wahlgewinnerin des Abends. Sie konnte nicht nur den ersten Platz im Parteienwettbewerb halten, sondern ihr Ergebnis um knapp vier Prozent im Vergleich zu 2015 steigen.
2. Trotz des Hinzugewinns von 14 Sitzen für die PP, fehlt Premier Mariano Rajoy eine eigene Mehrheit.
3. Die rechts-neoliberalen Ciudadanos sind die eigentlichen Verlierer des Abends. Sie verloren acht ihrer Sitze, vor allem an die Konservativen.
4. Gefühlter Verlierer ist das linke Wahlbündnis Unidos Podemos. In den Vorwahlumfragen noch klar auf Platz zwei verortet, landete das Bündnis nur auf Platz drei hinter den Sozialdemokraten. Aus dem „Sorpaso“ (ital. Überholen) wurde nichts. Unidos Podemos konnte lediglich seine 71 Sitze (Summe aus Izquierda Unida und Podemos von 2015) halten und nicht – wie erwartet – hinzugewinnen.
5. Unidos Podemos hat am 26. Juni 2016 im Vergleich zum 20. Dezember 2015 rund 1,2 Millionen Stimmen verloren.
6. Gleichzeitig muss hierin beachtet werden, dass auch die Wahlbeteiligung auf unter 70 Prozent, und damit um knapp vier Prozentpunkte im Vergleich zu 2015 gefallen ist.
7. Die vorgezogenen Neuwahlen haben das Ergebnis von den Wahlen am 20. Dezember 2015 nur bestätigt.
8. Die Wähler haben deutlich gemacht, wie schon im Dezember letzten Jahres, dass sie eine Parteienvielfalt wünschen. Das traditionelle Zweiparteiensystem ist endgültig tot.
9. Offen ist die Antwort auf die Frage, was der Brexit ausgemacht hat – Rajoy hatte sich zuletzt als Stabilitätsgarant präsentiert und mit einem alten CDU-Slogan für sich geworben: Keine Experimente.
10. Soll es auf eine Zweiparteienkoalition hinauslaufen reicht dafür rechnerisch nur ein Bündnis von Konservativen (PP) und Sozialdemokraten (PSOE). Der Fortgang der Koalitionsverhandlungen unter allen beteiligten Parteien ist vollkommen offen. Unidos Podemos hat der PSOE das Angebot zur Kooperation gemacht. Selbiger Partei wurde ein solches von Rajoy unterbreitet.
11. Das Parlament nimmt am 19. Juli seine Arbeit auf, erst danach kann König Felipe VI. einen Parteichef mit der Regierungsbildung beauftragen.

IN WORTEN...

Die politische Landschaft Spaniens seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 gibt in höchstem Maße ein antagonistisches Bild ab: Zum einen zeichnet sie eine starke Polarisierung, welche sich im Kampf zweier politischer Blöcke ausdrückte, bei dem auf der einen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) und auf der anderen Seite die konservative Volkspartei (PP) dominierten. Zum anderen aber organisierten sich zwischen diesen beiden Blöcken und an den politischen Rändern viele weitere kleinere, oft regionale Formationen und Parteien. Die Zersplitterung des spanischen Parteiensystems ist demnach hoch. Dennoch führte dies über Jahrzehnte nicht dazu, das in Spanien dominierende Zweiparteiensystem aufzulösen. Die Regierungsführung wechselte stets zwischen den beiden großen Volksparteien, nur selten kam es zu Minderheitsregierungen durch Tolerierung einer der großen Volksparteien durch kleinere regionale oder politische Parteien.

Diese Blockkonfrontation wurde erstmals durch die Proteste gegen die Austeritätspolitik der Zentralregierung in Madrid mit der Entstehung neuer Bewegungen und Parteien ins Wanken gebracht. Die „Neuen“ wollten sich keinem der beiden Blöcke zuordnen lassen oder an deren Rändern verorten. Vielmehr sehen sie sich, wie die „Bewegung mit Parteistatut“ Podemos, wenn nicht als Antiparteien, mindestens aber als Bewegungen gegen die alte Politoligarchie. Der tiefgreifenden politischen Regionalisierung Spaniens hatten aber neue Bündnisse und Bewegungen wie Podemos dennoch wenig entgegensetzen, vielmehr trugen sie zur weiteren Faserung der politischen Landschaft bei.

Hinzu kommt, dass noch immer die Regionalisierung und das sich daraus ableitende Wahlsystem die Herausbildung starker regionaler Parteien - auch im nationalen Parlament - begünstigt. So hat es insbesondere eine landesweit verankerte Linke schwer sich zu behaupten, muss sie doch wie kaum eine andere Partei - ob ihres Willens der Verankerung in der Bevölkerung - regionale Spezifika berücksichtigen. Darunter litt nicht zuletzt oft auch die linkssozialistische Parteienallianz Izquierda Unida (IU). Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 etwa erhielt die IU rund eine Million Stimmen und damit zwei Abgeordnetenmandate. Die sozialdemokratische PSOE und die konservative Volkspartei (PP) erhielten bei derselben Wahl pro Million Wählerstimmen fast 20 Sitze.

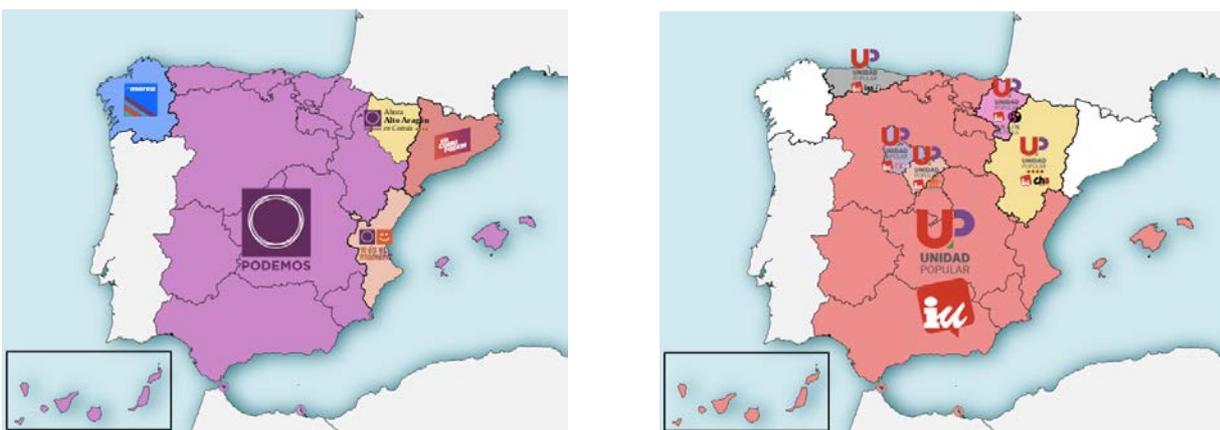
DIE BEDEUTUNG DES SPANISCHEN WAHLSYSTEMS FÜR DIE IZQUIERDA UNIDA

Das spanische Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Letzterer ist gegenüber dem Abgeordnetenhaus von deutlich nachrangiger Bedeutung. Das Abgeordnetenhaus verfügt gemäß Artikel 68 der Verfassung über eine variable Abgeordnetenzahl, die nicht weniger als 300 und nicht mehr als 400 betragen darf. Sie werden nach dem Prinzip der Verhältniswahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Das Wahlsystem hat aber die Besonderheit, dass in einigen Provinzen die Sperrklausel höher liegt als in anderen. Dadurch werden vor allem kleinere Parteien benachteiligt. So benötigte die IU beispielsweise bei den Wahlen 2004 im Durchschnitt 254.000 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66.000 Stimmen benötigte. Bei einem klassischen Verhältniswahlrecht wäre die IU mit derselben Stimmenanzahl mit 18 statt fünf Abgeordneten in das Parlament eingezogen. Für die Wahlen 2008 bedeutete dies, dass die IU zwar rund vier Prozent der Stimmen erhielt, aber prozentual nur etwa ein Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus innehatte. Die bevölkerungsreichen Regionen werden nach diesem Wahlsystem also gegenüber den dünn besiedelten Regionen stark benachteiligt.

Zu den Parlamentswahlen 2016 gelang es den beiden Linksparteien – Podemos und Izquierda Unida – endlich, ein gemeinsames landesweites Wahlbündnis aufzubauen. Beide Parteien traten am 20. Dezember 2015 noch getrennt voneinander zu den Parlamentswahlen an.

Die Regierungsbildung in Spanien gestaltete sich nach diesem denkwürdigen und historischen Wahlabend 2015, dem Tod des traditionellen Zweiparteiensystems, mehr als schwierig. Weder reichte es für eine Koalition zwischen konservativer PP und rechts-neoliberaler C's, noch für eine Koalition zwischen PSOE, Podemos, IU weiteren regionalen Linksparteien. Für eine Mehrheit im Parlament sind 176 Stimmen nötig.

Bild 1: Getrennte Wahlantritte von Podemos und Izquierda Unida 2015¹



Eine „portugiesische Lösung“, quasi in letzter Minute die Spaltung der Linken vor der Wahl zumindest nach der Wahl aufzuheben, war damit nicht mehr möglich.

¹ Vgl. „Podemos 2015“ von Ignis Fatuus - Eigenes Werk. Lizenziert unter CC-BY-SA 4.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Podemos_2015.svg#/media/File:Podemos_2015.svg & Vgl. „UP 2015“ von Ignis Fatuus - Eigenes Werk. Lizenziert unter CC-BY-SA 4.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:UP_2015.svg#/media/File:UP_2015.svg

Zwar konnte keine Links- oder Mitte-Linksregierung etabliert werden, dennoch wurde zum ersten Mal auf nationalstaatlicher Ebene das spanische Zweiparteiensystem aufgebrochen. Beide ehemaligen Volksparteien, die konservative Partido Popular (PP) und die sozialdemokratische PSOE erreichten gemeinsam kaum mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen (2011: 73 %). Spanien wurde damit vielleicht nicht einfacher zu regieren und vielleicht auch nicht linker, dafür aber demokratischer und vielfältiger.

Die konservative PP verlor 2015 dramatisch und damit ihre absolute Mehrheit im Parlament. Im Vergleich zu 2011 (PP: 44,6 %) verlor sie über 16 Prozent und kam nur noch auf etwas mehr als 28 Prozent der Stimmen. Auch die sozialdemokratische PSOE verlor nach 2011 erneut dramatisch und erreichte nur noch knapp 22 Prozent der Stimmen im Dezember 2015 (2011: 28,7 %). Podemos wurde mit knapp über 20 Prozent der Stimmen hinter der PSOE drittstärkste Kraft und hatte damit das Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei verloren.

Dort wo Podemos und Izquierda Unida gemeinsam antraten, wurden sie wie in Katalonien stärkste oder in Galizien zweitstärkste Kraft. Dort wo sie getrennt und damit gegeneinander antraten hat es ihnen - zumindest im Hinblick auf die komplizierte Sitzvergabe - eher geschadet. Ein Blick auf die Ergebnisse in den Regionen zeigt, dass beide im Bündnis mit den jeweiligen regionalen Partnern deutlich stärker im nationalen Parlament vertreten gewesen wären. Die Izquierda Unida verlor 2015 landesweit über drei Prozent der Stimmen im Vergleich zu 2011 und damit neun von ihren einst elf Mandaten. Enttäuschend dürfte für einige Eliten im Land auch das Abschneiden der rechts-neoliberalen Protestpartei Ciudadanos gewesen sein, die mit rund 13 Prozent der Stimmen nur auf dem vierten Platz landeten. Die Wahlbeteiligung war 2015 um über vier Prozent im Vergleich zur Vorwahl gestiegen. (2015: 73.21 %)

Tabelle 1: Ergebnis der Parlamentswahlen vom 20. Dezember 2015

| Partei | Stimmen in Prozent (%) | Sitze |
|---|------------------------|-------|
| PP | 28,7 | 122 |
| PSOE | 22,05 | 91 |
| Podemos (mit regionalen Bündnissen, u.a. auch mit IU) | 20,6 | 69 |
| C`s | 13,9 | 40 |
| IU | 3,7 | 2 |
| DiL | 2,25 | 8 |
| PNV | 1,25 | 6 |
| ERC-CATSI | 2,38 | 9 |
| Amaiur/Bildu | 0,9 | 2 |
| CCa-PNC | 0,28 | 1 |
| Gesamt | | 350 |

Wie bereits anhand der Wahlergebnisse beschrieben, gestaltete sich die Mehrheitsbildung im Parlament äußerst schwierig – auch durch den Umstand, dass keine Partei die von Korruptionsskandalen geschüttelte Partido Popular an der Macht halten wollte. Die PSOE, in ihrer Mitte zwischen Konservativen und Linken zerrissen, versuchte schließlich ein Bündnis zwischen ihr, Podemos und den rechts-neoliberalen Ciudadanos zu schmieden. Parteichef Pedro Sánchez begrub dafür aber beinahe sämtliche 2015 gemachten Wahlversprechen und das PSOE-Wahlprogramm. Diesen Weg konnte Podemos nicht

mitgehen und somit war schnell klar, dass es zu keiner Dreierkonstellation kommen würde. Währenddessen machte Übergangspräsident Rajoy den Sozialdemokraten verschiedene Angebote, auf die sich diese jedoch nicht einließen. Gleichzeitig brachten diese Konstellationsfragen die PSOE an den Rand einer Existenzkrise.

Umfragen während der Koalitionsfindungsversuche machten zugleich deutlich, dass Podemos und Izquierda Unida im Bündnis wesentlich stärker abschneiden würden. In beiden Parteien wurde nun, als absehbar war, dass es zu Neuwahlen kommen würde, an einem gemeinsamen Wahlbündnis gearbeitet. Pablo Iglesias gab seinen 2015 noch massiven Widerstand gegen ein gemeinsames Wahlbündnis schließlich auf. Beide Parteien befragten ihre Basis zu einem gemeinsamen Wahlantritt. Bei der Izquierda Unida votierten über 85 Prozent der Teilnehmenden dafür. Ein ähnlich hoher Wert konnte bei Podemos erreicht werden. Beide Parteien bildeten mit weiteren Parteien und Regionalbündnissen das Wahlbündnis „Unidos Podemos“ (Vereint können wir es).

Bereits bei der Wahl 2015 waren Izquierda Unida und Podemos in Katalonien und Galicien als Teil der Gemeinschaftskandidaturen En Comú Podem bzw. En Marea zusammen angetreten. Für die Wahl 2016 bildeten IU und Podemos zusammen mit der grünen Partei Equo die Gemeinschaftskandidatur Unidos Podemos. Diese trat landesweit außer in Katalonien, Galicien und in der Region Valencia an. In Katalonien und Galicien wurden die Gemeinschaftskandidaturen En Comú Podem und En Marea neu aufgelegt. In der Region Valencia trat die IU dem für die Wahl 2015 gebildeten Wahlbündnis Podemos-Compromís bei. Bei der Wahl 2016 traten so Podemos und IU in keinem Wahlkreis gegeneinander an. Spitzenkandidat von Unidos Podemos wurde der Podemos-Generalsekretär Pablo Iglesias.

Bild 2: Gemeinsamer Wahlantritt von Podemos & Izquierda Unida 2016²



UMFRAGEN STÄRKTEN WAHLBÜNDNIS

Die Umfragen vor den Neuwahlen vom 26. Juni 2016 zeigten alle ein eindeutiges Bild. Sämtliche Institute sahen weiterhin die konservative Volkspartei von Ministerpräsident Mariano Rajoy auf demselben Niveau wie 2015 auf Platz 1 vorn und sagten 113-117 Sitze für die PP voraus.

Ebenfalls waren sich alle sicher, dass Unidos Podemos auf Rang zwei mit 86-90 Sitzen und rund 26 Prozent landen würde. Dieser Wert überstieg die Addition der Ergebnisse von Podemos (2015: 69 Sitze) und IU (2015: 2 Sitze) vom Dezember 2015 und schien damit alle Hoffnungen zu bestätigen. Die sozialdemokratische PSOE unterbot in den Umfragen noch einmal ihr historisch schlechtestes Ergebnis von 2015 und wurde nur noch auf Platz 3 mit unter 22 Prozent und 80 bis 84 Sitzen taxiert. Besonders schien der PSOE der Versuch geschadet zu haben, gemeinsam mit den rechts-neoliberalen Ciudadanos die

² Vgl. <https://www.facebook.com/izquierda.unida/photos/a.184127508866.126978.74858103866/10153813646513867/?type=3&theater> (Izquierda Unida)

Regierungsgeschäfte zu übernehmen.³

Vor allem aber unter den Jung- und Erstwählern war der Zuspruch für das neue linke Wahlbündnis Unidos Podemos hoch. Diese Bild zeichnet sich seit den Parlamentswahlen vom 20. Dezember 2015. Gleichzeitig verloren die ehemaligen Volksparteien PSOE und PP massiv an Zustimmung unter dieser Wählerschicht.⁴ Umfragen Mitte Juni 2016 wiesen aus, dass sich über 43 Prozent der Jung- und Erstwähler vorstellen konnten, für das Linksbündnis Unidos Podemos zu stimmen. Für die PP wollten gerade noch 17 Prozent votieren, für die sozialdemokratische PSOE gar nur 13,4 Prozent.

Je näher der Wahltag rückte, desto mehr zeigten sich immer mehr Menschen unzufrieden über das Agieren der Parteien. Zunehmend mehr Spaniern war nicht mehr zu vermitteln, warum ein erneuter Urnengang notwendig geworden war. „Die Parteien sollten sich einigen“ war vielerorts zu hören. Dies mag auch ein Indikator für die wieder schwache Wahlbeteiligung sein, die knapp mit 69,82 Prozent knapp vier Punkte unter dem Wert von 2015 liegt.

ÜBERRASCHUNG AM WAHLABEND

Die erste Prognose schien die Vorwahlumfragen zu bestätigen. Insgeheim hatten einige Unidos Podemos-Kandidaten damit gerechnet, die Konservativen zu überflügeln und selbst stärkste Kraft im Land zu werden. Der Wahlabend in Spanien hatte also mit linkem Optimismus begonnen: Den ersten Nachwahlbefragungen konnte sich Unidos Podemos einen zweiten Platz ausrechnen, auch ein Mitte-Links-Bündnis mit der sozialdemokratischen PSOE schien greifbar. Doch wie schon beim Brexit-Referendum in Großbritannien erwiesen sich die Exit Polls als Luftnummer.

Unidos Podemos konnte weder zweitstärkste Kraft werden und sich damit vor die sozialdemokratische PSOE schieben, noch prozentual hinzugewinnen. Mehr noch: Am Ende lag nicht nur die PSOE wieder vor den Linken, auch konnte die rechtskonservative PP des amtierenden Ministerpräsidenten Mariano Rajoy im Vergleich zur Wahl im Dezember 2015, mit einem Plus von knapp vier Prozent, hinzugewinnen. Allerdings: Die Rajoy-Partei blieb erneut von einer absoluten Mehrheit weit entfernt.

"Es gibt zufriedenstellende Ergebnisse. Wir hatten andere Erwartungen", sagte Pablo Iglesias sichtlich getroffen am Wahlabend. Gemeinsam trat er mit Alberto Gárzon vor die Anhänger von Unidos Podemos und sagte auch: "Wir werden auch weiterhin zusammen gehen – das ist der richtige Weg".

Damit trat er offensiv den aus manchen Ecken beider Parteien kommenden Rufen entgegen, die eine Auflösung des Bündnisses einforderten. Unidos Podemos verlor bei den Wahlen im Juni 1,2 Millionen Stimmen und konnte lediglich die Sitzanzahl im Parlament von 71 (Summe von Podemos & IU 2015) halten.

Die sozialdemokratische PSOE legte leicht um 0,6 Prozent zu, verlor aber fünf Sitze und 120.000 Stimmen. Die Ciudadanos dürften als eigentliche Wahlverlierer des Abends gelten. Sie büßten zwar kaum Prozente ein, dafür aber acht Sitze und 400.000 Stimmen. Von dem schlechten Abschneiden der Ciudadanos dürfte vor allem die konservative Volkspartei profitiert haben. Sie legte um knapp vier Prozent und 660.000 Stimmen zu. Dennoch ist sie weiter weit von einer eigenen Mehrheit wie 2011 entfernt.

³ Vgl. <http://www.elperiodico.com/es/noticias/politica/tracking-encuesta-diaria-elecciones-generales-2016-5203668>

⁴ Vgl. Giorgos Karatsioubanis

<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10153559746107595&set=a.10150598732247595.380682.665137594&type=3&theater>

Tabelle 2: Vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahlen vom 26. Juni 2016

| Partei | Stimmen in Prozent (%) | Vergleich 2015 in Prozent (%) | Sitze |
|----------------|------------------------|-------------------------------|------------|
| PP | 32,99 | 28,7 | 137 (+14) |
| PSOE | 22,71 | 22,05 | 85 (-5) |
| Unidos Podemos | 21,11 | 20,6 | 71 (+/- 0) |
| C's | 13,02 | 13,9 | 32 (-8) |
| EAJ-PNV | 1,22 | 1,25 | 5 (-1) |
| ERC-CATSI | 2,63 | 2,38 | 9 (+/- 0) |
| Amaiur/Bildu | 0,78 | 0,9 | 2 (+/- 0) |
| CCa-PNC | 0,31 | 0,28 | 1 (+/- 0) |
| CDC | 2,01 | - | 8 (+7- 0) |
| Gesamt | | | 350 |

Der Wahlabend des 26. Juni 2016 hat in der Tendenz das Wahlergebnis vom 20. Dezember 2015 bestätigt. Beide ehemaligen Volksparteien kommen nur knapp auf über 50 Prozent der Stimmen. Das traditionelle Zweiparteiensystem ist tot. Endgültig. Die Koalitionsbildung dürfte weiterhin schwierig werden, auch in dieser Hinsicht hat der neuerliche Urnengang keine anderen Erkenntnisse gebracht. Weder reicht es für eine Koalition aus Konservativen und Ciudadanos, noch für ein Mehrheitsbündnis von PSOE, Unidos Podemos und linken Regionalparteien. Rein rechnerisch reicht es lediglich für eine große Koalition. Alle anderen Modelle sind aktuell sehr unwahrscheinlich. Mariano Rajoy hat vor diesem Hintergrund bereits begonnen, um Pedro Sánchez von der PSOE zu werben. Iglesias und Unidos Podemos haben ihrerseits die Hand Richtung PSOE ausgestreckt. Die kommenden Tage werden also nicht einfacher werden, als jene nach dem 20. Dezember 2015.

Einige Analysten spekulierten am Wahlabend zu dem darüber, ob nicht einige Wähler sich am Ende doch gegen Unidos Podemos und für die PSOE entschieden haben könnten. Die PSOE hatte im Wahlkampf ausgeschlossen Juniorpartner von den Linken zu werden. Andersherum aber reicht es nun dennoch nicht. Das Parlament nimmt am 19. Juli seine Arbeit auf, erst danach kann König Felipe VI. einen Parteichef mit der Regierungsbildung beauftragen.

Offen bleibt auch die Frage – vor allem nach den gänzlich anderen Umfragewerten vor dem Urnengang – wieviel Einfluss die Brexit-Abstimmung in Großbritannien auf die Wahlentscheidung in Spanien gehabt hat. Premier Rajoy hat diese jedenfalls genutzt, um sich als Garant für Stabilität und eine europäische Zukunft des Landes in den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag zu präsentieren. Er hat im Grunde mit einem alten CDU-Slogan – Keine Experimente – diese Wahl gewonnen. Im Dezember vergangenen Jahres hatte dies noch nicht funktioniert. Da sah Europa aber noch anders aus, als vor diesem Wahltag.

2. AUSFÜHRLICHE HINTERGRUNDINFORMATIONEN & GESCHICHTE

SPANIEN – EIN KRISENGESCHÜTTELTES LAND

Kurz nach den für die PSOE enttäuschenden Regionalwahlen rief der damalige sozialdemokratische Premier Zapatero vorgezogene Neuwahlen für den 20. November 2011 aus und erklärte, dass er nicht wieder antreten würde.⁵

⁵ Die vorgezogenen Neuwahlen fanden ausgerechnet am 36. Todestag des spanischen Diktators Franco statt.

Spanien war 2011 von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise besonders schwer betroffen. Der Boom der vergangenen Jahre war vorbei. Dieser hatte auf tönernen Füßen gestanden. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor profitierte von dem Hype am Finanz- und Aktienmarkt zu Beginn der Jahrtausendwende. So entstanden an den Peripherien der Großstädte neue Satelliten, deren Wohneinheiten allerdings mit bis zu 120 Prozent belehnt wurden. Das Ergebnis der geplatzten Immobilienblase war in Spanien besonders allarmierend: 700.000 unverkaufte Wohneinheiten warteten auf Käufer, laut spanischer Zentralbank waren 176 Milliarden Euro an wackligen Hypotheken ausstehend.

Viele konnten und können bis heute nicht die Zinsen für diese Hypotheken zahlen. Seit 2008 wurden rund 300.000 Spanier Opfer von Zwangsräumungen. In der Krise stieg die Arbeitslosenquote. Lag die Zahl der Arbeitslosen 2008 offiziell noch bei rund zwei Millionen, stieg sie 2009 auf 3,6 Millionen an, lag Anfang 2010 schließlich bei rund vier Millionen und 2011 bei 4,4 Millionen. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit betraf fast jeden zweiten. Eine gesamte Generation hatte so kaum mehr eine Zukunftschance. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die neoliberalen Rezepte der sozialdemokratischen Regierung zur Lösung der Krise waren dieselben untauglichen, wie auch unter PASOK in Griechenland (Papandreou) und PS in Portugal (Sócrates): Ausgabenkürzungen auf Kosten der Bevölkerung bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Renten und Löhnen im öffentlichen Dienst. Zusätzlich sollten die öffentlichen Kassen durch Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgefüllt werden. Im Gegenzug wurden Stützungskredite für Banken und Steuererleichterungen für Unternehmen in Milliardenhöhe beschlossen.

Tabelle 3: Ergebnis der Parlamentswahlen 2011⁶

| Partei | Ergebnis in Prozent (%) |
|---------|-------------------------|
| PP | 44,63 |
| PSOE | 28,76 |
| IU | 6,92 |
| UPyD | 4,90 |
| CiU | 4,17 |
| EAJ/PNV | 1,51 |
| Amaiur | 1,37 |
| ERC | 1,06 |

Die rechts-konservative Volkspartei hatte mit 44,6 Prozent der Stimmen (2008: 39,94 Prozent) 2011 die absolute Mehrheit errungen und stellte mit Mariano Rajoy den Premier. Die bis dato regierende PSOE kam nur auf 28,7 Prozent der Stimmen (2008: 43,87 Prozent).

Trotz der absoluten PP-Mehrheit rissen die Proteste gegen die untauglichen Rezepte der Zentralregierung nicht ab. Die sogenannte Empörtenbewegung entstand, mobilisierte Millionen Menschen auf den Straßen der Hauptstadt Madrid und weiteren Städten. Hunderttausende organisierten sich in Sozialprojekten und Stadtteilgruppen. Aus der Empörtenbewegung entstand 2014 kurz vor den Europawahlen schließlich die Partei „Podemos“. Auch die spanische Linkspartei Izquierda Unida (IU) war Bestandteil der mobilisierenden Empörtenbewegung und konnte ihre Zustimmung in der Bevölkerung stabilisieren und sogar ausbauen.

3. WER IST DIE IZQUIERDA UNIDA (IU)?

Die wechselhafte (Bündnis)Geschichte der spanischen Linken begann, als am 14. November 1921 verschiedene kommunistische Gruppierungen und der linke Flügel der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei die Partido Comunista de Espana (PCE) gründeten.

⁶ Vgl. Innenministerium Spaniens: http://www.generales2011.mir.es/99CG/DCG999999TO_L1.htm

Bereits Ende der 1920er Jahre setzte sich in der Partei eine pro-sowjetische Ausrichtung durch, in deren Folge es zu Abspaltungen und Austritten kam. Bei der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik 1931 trieben die internen Konflikte die Partei an den Rand des Zusammenbruchs. Die PCE beteiligte sich dennoch aktiv an den 1934 einsetzenden Arbeitererhebungen des Landes und schloss sich bei den Wahlen 1936 der Frente Popular (Volksfront) an. In dem 1936 beginnenden spanischen Bürgerkrieg erfuhr die PCE starken Zulauf und steigerte ihre Mitgliederzahl auf rund 200.000.⁷ Mit der Niederschlagung der Republik wurde die PCE verboten und ihre Mitglieder unter Diktator Franco verfolgt und ermordet. Viele gingen ins Exil, vor allem in die Sowjetunion und nach Frankreich. Bis zu ihrer Legalisierung am 9. April 1977 operierte die Partei illegal.⁸ Bei den ersten freien Wahlen 1977 erreichte die PCE 9,4 Prozent der Stimmen. Zu dieser Zeit stand sie in einem Bündnis mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Coordinación Democrática, gegen die Repräsentanten des alten Regimes. Beim Urnengang 1979 konnte die PCE ihr Ergebnis sogar auf 10,8 Prozent verbessern.

Seit den 1960er Jahren trat die PCE zunehmend moderat auf. Die moderate Strategie zeigte zwar Erfolg, was sich in den Wahlen 1979 widerspiegelt, war aber auch Anlass zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere was das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion und zur KPdSU betraf.⁹ Schließlich löste sich die Partei von dem Einfluss der KPdSU, wandte sich dem Eurokommunismus zu und akzeptierte das demokratisch-parlamentarische System in Spanien.¹⁰

Bei den Wahlen 1982 erhielt die Partei nur noch 4,1 Prozent der Stimmen. Die nach wie vor zentralistischen Strukturen der Partei konterkarierten die programmatische Öffnung der Partei sowie die Hinwendung zum Eurokommunismus. Als Erklärung für den Stimmenverlust 1982 muss aber auch die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen der PSOE und der PP gesehen werden. Ende der 1970er Jahre etablierte sich die Sozialistische Arbeiterpartei als starke Alternative zu der bis dahin regierenden Unión de Centro Democrático (UCD), einer bürgerlichen Partei der rechten Mitte. Indem sie den unter der spanischen Bevölkerung unpopulären Beitritt Spaniens zur NATO zum Wahlkampfthema machte und im Falle eines Wahlsieges ein Referendum zum Austritt Spaniens aus dem Militärbündnis ankündigte, verstärkte sie die Regierungskrise der UCD. Bei den Wahlen im Oktober 1982 errang die PSOE so die absolute Mehrheit und konnte bis 1996 ununterbrochen regieren.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1986 setzte in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum ein, das in der Literatur oft auch mit dem deutschen „Wirtschaftswunder“ verglichen wird. Das spanische Wirtschaftswunder zog massive Veränderungen hinsichtlich politischer Einstellungen, sozialer Verhaltensweisen und kultureller Orientierung nach sich. Auf die Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzabläufe hatte die Linke, also Bewegungen und Parteien links der PSOE, jedoch kaum Antworten. Damit verlor die PCE weite Teile ihrer Basis.

Schon kurz nach den Wahl 1982 hatte die PSOE ihre Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Spaniens geändert. Nach dem EG-Beitritt Spaniens 1986 wurde das angekündigte Referendum zwar durchgeführt, plötzlich warb die PSOE aber für einen Verbleib in der NATO. Eine knappe Mehrheit (52 Prozent) stimmte für den Verbleib im Militärbündnis.

Die linkssozialistische Parteienallianz Izquierda Unida ist heute die wichtigste Linkspartei in Spanien. Ihren Anfang nahm die IU aber nicht als Partei, sondern wie Syriza oder Synaspismos als loses Wahlbündnis, gruppiert um die Frage der NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-amerikanischen Militärs akzeptierte, stellte der NATO-Beitritt 1982 für die noch junge Demokratie, im Kontext des Kalten Krieges und angesichts der atomaren Offensive der Reagan-Administration, einen politischen Wandel dar. Zahlreiche Wähler waren von der PSOE enttäuscht, wandten sich ab und waren fortan in Bürgerbewegungen gegen die NATO-Mitgliedschaft aktiv. Zwar verlor das Bündnis das NATO-Referendum 1986, dennoch etablierte sich über diese Auseinandersetzungen eine neue Kraft links der PSOE. Aus der „Plataforma Cívica por la salida de España de la OTAN“ entwickelte sich zu den

⁷ Vgl. Baumer, Andreas: Jenseits der Pyrenäen. Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal, in: Ulrich, Edith/Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 144.

⁸ Vgl. Bernecker, Walther: Spanien-Lexikon. Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, München 1990, S. 338.

⁹ Vgl. Lopez III, Fred A.: Bourgeois State and the Rise of Social Democracy in Spain, in: Ronald H. Chilcote u.a. (Hrsg.): Transition from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece, New York 1990, S. 17-72, 53f.

¹⁰ Vgl. Müller, Marita: Politische Parteien in Spanien (1977-1982). Interne Konflikte und Wahlverhalten, Saarbrücken 1994, S. 46ff.

Parlamentswahlen 1986 das Wahlbündnis „Plataforma de la Izquierda Unida“, das 4,6 Prozent erreichte¹¹ und 1989 schließlich 9,07 Prozent der Wählerstimmen einfuhr. 1992 erfolgte schließlich die offizielle Registrierung der IU als spanische Partei, die sich damals aus acht Gründungsparteien zusammensetzte.

Die IU ist also vor allem eine Parteienallianz, denn trotz des Umstandes, dass die IU als eigenständige politische Partei registriert und öffentlich aktiv ist, behalten die konstitutiven Mitgliedsparteien ihre formale, rechtliche, organisatorische und politische Eigenständigkeit. Diese Tatsache führt immer wieder zu Spannungen unter den Mitgliedsorganisationen, vor allem im Hinblick auf die Besetzung von Wahllisten, die finanziellen Ressourcen und die programmatische Ausrichtung. Die Partei unterteilt sich heute in 17 Regionalorganisationen, die parallel zu den teilweise auch regionalen Organisationen der IU-Mitgliedsparteien die Politik vor Ort vertreten. Die IU versucht seit ihrer Gründung, ihr pluralistisches Profil zu stärken und sich den neuen, globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen zu öffnen bzw. als Teil dieser in den verschiedenen Sozialforen auf regionaler, nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene aktiv zu sein.

Die Verbindungen der Partei zu den Gewerkschaften erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedspartei PCE, die eng mit der größten Gewerkschaft des Landes, die Comisiones Obreras (CC.OO.) verbunden ist. Die Tatsache, dass die PCE sich bereits 1986 dafür entschied, aktiv an der Herausbildung des IU-Wahlbündnisses mitzuarbeiten und schließlich die IU in eine Partei zu transformieren, federte die Auswirkungen des Scheiterns des real existierenden Sozialismus 1989 in Osteuropa für die PCE ab. So konnte das sehr gute Abschneiden des Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen 1989 mit 9,55 Prozent der Stimmen 1993 sogar noch verbessert werden. In den Abgeordnetenhauswahlen 1996 erhielt die IU 10,54 Prozent der Stimmen. Dieses hervorragende Ergebnis konnte bei den folgenden Wahlen allerdings nie wiederholt werden.

Tabelle 4: Wahlergebnisse Izquierda Unida Abgeordnetenhaus 1986 bis 2015

| Jahr der Wahl | Ergebnis in Prozent (%) |
|---------------------------|-------------------------|
| Abgeordnetenhauswahl 1986 | 4,63 |
| Abgeordnetenhauswahl 1989 | 9,07 |
| Abgeordnetenhauswahl 1993 | 9,55 |
| Abgeordnetenhauswahl 1996 | 10,54 |
| Abgeordnetenhauswahl 2000 | 5,45 |
| Abgeordnetenhauswahl 2004 | 4,96 |
| Abgeordnetenhauswahl 2008 | 3,8 |
| Abgeordnetenhauswahl 2011 | 6,92 |
| Abgeordnetenhauswahl 2015 | 3,7 |

Parallel zu den ausbleibenden Wahlerfolgen der Partei wuchsen die politischen, strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der IU. Vor allem die PCE, die lange Zeit defensiv und ob ihrer relativen Stärke zurückhaltend in der Parteiallianz agiert hatte, erhob nun wieder Anspruch auf mehr Einfluss in deren Gremien.

In der Legislaturperiode 2004-2008 tolerierte die IU eine Minderheitsregierung unter Premier Zapatero (PSOE), konnte aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Vor allem die Tatsache, dass die PSOE in für die IU relevanten Fragen das Bündnis mit der konservativen Oppositionspartei PP suchte, aber auch die PSOE-

¹¹ Vgl. Linz, Juan J./Montero, José Ramón: The party systems of Spain. Old cleavages and new challenges, in: Lauri Karvonen, Stein Kuhnle (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited, London, New York 2001, S. 163ff.

Strategie des voto útil (nützliche Stimme) bzw. voto de miedo (Stimme der Angst) ließen die Wahlergebnisse der IU sinken. Der folgenden und von harten Auseinandersetzungen geprägte IU-Kongress Ende 2008 bestimmte zwar einen neuen Vorstand, konnte sich aber auf keinen neuen Vorsitzenden einigen. Am 14. Dezember wählte schließlich der IU-Vorstand das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen IU-Generaldirektor. Dieser versuchte, das strategische Bündnis seines Vorgängers Llamazares mit der regierenden PSOE wieder zu lösen und betonte die Eigenständigkeit der IU. Einher ging dieser Prozess mit einer „Erneuerung der IU“ (siehe Kapitel 3)

Die bis 2011 regierende PSOE von Ministerpräsident José Luis Zapatero erlitt bereits bei den Regionalwahlen im Mai Jahres eine krachende Niederlage und sackte landesweit auf 27,8 Prozent ab (2007: ca. 35 Prozent). Hochburgen wie Sevilla oder Barcelona gingen nach Jahren verloren. Von der Schwäche der Sozialdemokraten profitierte vor allem die konservative Oppositionspartei, Partido Popular (PP). Sie zog in nahezu alle Regionalregierungen ein und erreichte im Landesschnitt 38 Prozent der Stimmen. Im Mai 2011 kreuzten dennoch viele Spanier ihren Wahlzettel „ungültig“. Dies galt als Ausdruck der Solidarität mit den seit dem 15. Mai 2011 andauernden Massenprotesten (Bewegung des 15. Mai auf der Puerta del Sol in Madrid).

BESONDERHEITEN DES POLITISCHEN SYSTEMS SPANIENS

Der wichtigste Konflikt seit dem Wandel der spanischen Gesellschaft nach dem Tode Francos im Jahr 1975 stellt die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche dar. Die spanische Gesellschaft und das spanische Parteiensystem sind darüber hinaus geprägt von Klientelismus und Paternalismus. Diese autoritär-politische Tradition spiegelt sich bis heute in einer starken parteilichen Personalisierung¹² und einer schwachen politischen Partizipation wider: Spanien hat im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Parteimitgliedschaftsquote.¹³ Der Wandel der spanischen Gesellschaft ist außerdem von der Tatsache geprägt, dass den Parteien Ende der 1970er Jahre eine Rolle im Institutionengefüge zugewiesen wurde, aus der heraus sie sich nur schwer als gesellschaftliche Mobilisierungskräfte entwickeln konnten. Das Aufkommen der modernen Massenmedien veränderte die Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Subsystemen und die Kommunikation zwischen Parteien und WählerInnen.¹⁴ Darüber hinaus bildete sich mit dem Übergang von der faschistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie ein Regionalismus aus, der bis heute weite Teile des politischen Diskurses bestimmt. Regionale Parteien dominierten nicht nur das Parteiensystem, sondern erfuhren darüber hinaus eine parlamentarische Verankerung im nationalen Abgeordnetenhaus.¹⁵ Die Konfliktlinien Staat-Kirche, Partei-Institutionengefüge und Zentrum-Peripherie hindern heute nationalen Parteien wie die IU daran, eine landesweite Parteibasis aufzubauen und zu verbreitern. Es fällt der IU schwer, den Wählern ein kontinuierliches, programmatisch einheitliches Angebot zu unterbreiten. Insbesondere die Zurücksetzung des Klassenkonfliktes zugunsten der Regionalisierung verstärkt die Probleme bei der Etablierung linker Parteien, die im nationalen Rahmen handlungsfähig werden wollen.

Für die IU waren die Regionalwahlen ein erster Hoffnungsschimmer nach stetig sinkenden Wahlergebnissen in den vergangenen zehn Jahren. Sie konnte sich so, vor allem weil sie enttäuschte PSOE-Wählermilieus für sich gewinnen konnte, landesweit auf 6,3 Prozent der Stimmen steigern und wurde drittstärkste Partei. Auch profitierte die Linkspartei von den massiven sozialen Protesten gegen die Kürzungsprogramme der Regierung, gegen Sozialabbau und Armut. Die Vereinte Linke war von Beginn an in der Protestbewegung aktiv und präsent. Nach den Regionalwahlen verfügte sie über 58 Bürgermeister, die mit absoluter Mehrheit und 53 Bürgermeister, die mit relativer Mehrheit gewählt wurden. Auch im Hinblick auf die Wahlen zu den Regionalparlamenten konnte die IU ihre Sitzanzahl ausbauen.¹⁶

Gekrönt wurde die Arbeit der Izquierda Unida wie bereits oben beschrieben mit einem Wahlergebnis von rund sieben Prozent der Stimmen bei den nationalen Wahlen 2011.

¹² Vgl. Arias-Salgado, Rafael: Entstehung und Struktur des spanischen Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1988, S. 379.

¹³ Vgl. Hopkin, Jonathan: Spain: Political Parties in Young Democracy, in: David Broughton, Mark Donovan (Hrsg.): Changing Party Systems in Western Europe, London, New York, 1999, S. 224f.

¹⁴ Vgl. Haas, Melanie: Das Parteiensystem Spaniens, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 427.

¹⁵ Vgl. Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage Opladen 2000, S. 332ff.

¹⁶ Vgl. Heilig, Dominic: Ein Hoffnungsschimmer für die Linke. Eine kurze Einschätzung der Regionalwahlen in Spanien aus linker Sicht, in: <http://dominic.linkeblogs.de/2011/05/26/eine-kurze-einschätzung-der-regionalwahlen-in-spanien-aus-linker-sicht/> oder <http://www.rosalux.de/publication/37599/hoffnungsschimmer-fuer-die-linke.html> vom 22. Mai 2011, S. 4f.

4. VON DER BÜRGERBEWEGUNG ZUR PARTEI - PODEMOS

Mit der absoluten Mehrheit der konservativen Volkspartei 2011 wurden die Austeritätspolitiken unter dem Diktat der Troika weiter verschärft. Dies provozierte landesweite Proteste und die Entstehung vieler Bürgerorganisationen, vor allem regionaler Ausprägung. Flächendeckend entstanden etwa Komitees gegen Zwangsräumungen und Organisationen zur Selbsthilfe. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Protestbewegung, deren stärkster Ableger 15-M war, in der Gründung der Partei Podemos („Wir können“).

Podemos ist im eigentlichen Sinne eine spanische politische Bürger- und Demokratiebewegung, die sich im Januar 2014 bildete und am 11. März 2014 als Partei zugelassen wurde. Populäre Führungsfigur ist Pablo Iglesias Turrión. Ihre erste Bewährungsprobe bestand die Partei bei den Europawahlen im Juni 2014 als sie acht Prozent der Stimmen erreichte. Die fünf Abgeordneten in Brüssel organisieren sich wie die der IU in der Linksfraktion GUE/NGL. Vor allem auch deshalb wird die Partei dem linken Spektrum zugeordnet, eine äußerliche, europäische Beschreibung, mit der sich nicht alle innerhalb Podemos' einverstanden erklären (dürften).

Der Ursprung der Podemos-Bewegung liegt im Manifest „Mover ficha: convertir la indignación en cambio político“ (Spielstein bewegen: Die Empörung in politische Veränderung verwandeln). Das Manifest wurde von knapp 30 Intellektuellen, Kulturschaffenden, Journalisten und Sozialaktivisten unterzeichnet. In dem Manifest wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, für das Europäische Parlament zu kandidieren, um der EU-Austeritätspolitik entgegenzutreten. Zu den hervorgehobenen programmatischen Punkten zählten die Umverteilung des Reichtums in Spanien von oben nach unten, die Beibehaltung des öffentlichen Charakters von Bildung und Gesundheit, die Erhöhung der Löhne, die Schaffung eines Bestandes an öffentlichen Wohnungen sowie der Widerstand gegen die Verschärfung des spanischen Schwangerschaftsabbruchsgesetzes. Die Bewegung nahm darüber hinaus Anleihen an die Gründung der IU in den 1980ern und fordert den NATO-Austritt Spaniens. Von Beginn an setzte Podemos auf ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung. Sie wollte zu den Europawahlen bspw. nur antreten, wenn mindestens 50.000 Personen ihre Unterstützung für das Projekt erklärten. Die Unterschriften kamen binnen 24 Stunden zusammen und heute verfügt Podemos nach eigenen Angaben über mehr als 380.000 Unterstützer*innen.¹⁷

Zu diesem Zeitpunkt (2014) vertrat die Mehrheit der Initiatoren von Podemos noch die Vorstellung eine einheitliche Kandidatur gemeinsam mit anderen linken Parteien und Gegnern des Sozialabbaus zu ermöglichen. Viele Aktivisten kleinerer Linksparteien traten so dem Bündnis bei. Am 24. Februar 2014 trafen sich schließlich Podemos und Izquierda Unida mit dem Ziel, die Möglichkeit einer Einheitskandidatur zu sondieren. Es wurden dabei Übereinstimmungen zwischen beiden Organisationen, aber auch Abweichungen im Hinblick auf Methoden zur Aufstellung der Wahllisten sichtbar. Während Podemos für die Durchführung offener Vorwahlen plädierte, an denen jeder Bürger teilnehmen dürfe, trat die IU dafür ein, dass die an der Kandidatur teilnehmenden Parteien den Spitzenkandidaten bestimmen sollten. Die Differenzen blieben unüberwindbar. Nach dem Scheitern der Verhandlungen kündigte Podemos an, alleine anzutreten und ein offenes Vorwahlverfahren durchzuführen, an dem auch Nicht-Mitglieder über das Internet teilnehmen dürften. Regionale soziale Bewegungen schlossen sich im Wahlkampf 2014 für das Europaparlament so wahlweise Podemos oder Izquierda Unida an. Ein verworrenes Bild. Das Vorwahlverfahren von Podemos fand im März 2014 statt und nach eigenen Angaben nahmen 33.000 Menschen daran teil. Die Kandidaten mussten von einem der Podemos-Kreise (Círculos Podemos) vorgeschlagen werden, um kandidieren zu dürfen. Die Kreise konnten jeweils drei Kandidaten vorschlagen. Pablo Iglesias wurde mit 60 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt.

Dennoch gab es innerhalb der Partei, auch wegen der großen Heterogenität, immer wieder Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des Bündnisses. Die größte Auseinandersetzung war zu Beginn eine rein symbolische, welche aber letztlich die politisch-programmatische Ausrichtung von Podemos beeinflussen sollte. Sie bezog sich auf das Parteilogo zur Europawahl. Die Initiatoren von Podemos wollten, um so viele wie möglich aus den sozialen Protestbewegungen mitzunehmen, auf die Symbole der traditionellen oder modernen Linken in Europa verzichten. Zu der EP-Wahl 2014 entschied man sich dafür, das Gesicht Pablo Iglesias' als Logo für die Stimmzettel zu nehmen, was Kritik in den sozialen Netzen hervorrief. Heute finden sich in dem Parteilogo oder den Farben der Partei - ganz bewusst -

¹⁷ Vgl. <https://participa.podemos.info/es>

keinerlei Anleihen an die traditionelle Linke in Europa. In den Reihen von Podemos sind zudem immer wieder auch Personen aktiv oder auf Listen gewählt worden, mit zweifelhafter politischer Vergangenheit. Zur vierten politischen Kraft bei den Europawahlen in Spanien gewachsen, stieg die mediale Beachtung der Partei. Sie profitierte von der Aktivierung von Wählern, die sich unter anderen Umständen enthalten hätten oder von der PSOE enttäuscht waren. Nach einer Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes waren 66 Prozent der Podemos-Wähler älter als 35 Jahre, mehrheitlich Männer (56 Prozent), mit einem Ausbildungsniveau gleich oder höher als Abitur und mehrheitlich arbeitende Menschen (50 Prozent, gegenüber 22 Prozent Arbeitslosen, 15 Prozent Studenten und neun Prozent Rentnern). Ein Drittel der Podemos-Wähler hatte zuvor bei der Europawahl 2009 für die PSOE gestimmt und 30 Prozent hatten sie bei der Parlamentswahl 2011 unterstützt. Ideologisch positionieren sich die Podemos-Wähler leicht Richtung politischer Mitte, also rechts der IU. 25 Prozent sagten, bei der Parlamentswahl 2015 für eine Koalition aus Podemos und IU zu stimmen. 60 Prozent hatten bis zum letzten Moment gezweifelt, welche Partei sie nun wählen sollten.¹⁸

Der Erfolg von Podemos liegt vor allem in dem Verlust an Glaubhaftigkeit der etablierten politischen Parteien in Spanien und in der Angst der Mittelschicht vor einem Abrutschen in die Armut begründet. Von der IU, die zehn Prozent bei der Europawahl errang, kamen Glückwünsche und die Einladung, einen großen gemeinsamen Linksblock zu etablieren.

Ende Juli 2014 begann Podemos mit der Aufnahme von Parteimitgliedern. Innerhalb der ersten 48 Stunden registrierten sich 32.000 Menschen auf der Podemos-Webseite. Nach 20 Tagen hatte Podemos bereits rund 100.000 Mitglieder und wurde, gemessen an der Mitgliederzahl, die drittgrößte spanische Partei, größer als die IU.¹⁹

5. DER BÜNDNISFALL SORGTE FÜR STREIT

Die Kommunal- und Regionalwahlen vom 24. Mai 2015 in Spanien haben schließlich das Ende des bisherigen Zwei-Parteien-Systems eingeläutet. Die konservative PP blieb zwar landesweit die Kraft mit den meisten Stimmen, büßte aber mehr als zehn Prozentpunkte gegenüber der Wahl 2011 ein. Die PSOE erreichte landesweit 25 Prozentpunkte. Beide das Land seit der Transition 1975 dominierenden Volksparteien erreichten gemeinsam also nur noch knapp über 50 Prozent der Stimmen.

Gewinner der Abstimmungen waren vor allem linke, von der Linkspartei Podemos unterstützte Bürgerbündnisse in den Städten, sowie die rechtsliberale Bürgerbewegung Ciudadanos (C's). Die aufstrebende rechtsliberale Partei ging aus den Wahlen mit 6,6 Prozent der Stimmen landesweit als drittstärkste Kraft hervor. Podemos war nicht flächendeckend angetreten, sondern nur in einzelnen Regionen im Bündnis mit anderen Gruppierungen. Dies aber teils sehr erfolgreich. So gelang es in Barcelona (en Comú) und in Madrid (Ahora Madrid) (auch) im Bündnis mit der IU die Rathäuser zu erobern. Beinahe überall dort, wo Podemos, Izquierda Unida und andere linke, regionale Parteien, Gruppen und Bündnisse gemeinsam antraten, konnten Erfolge erzielt werden. Überall dort, wo es zu keiner Zusammenarbeit, sondern zu Konkurrenz kandidaturen kam, erzielten Konservative und Sozialdemokraten gute Ergebnisse und konnten Regionalregierungen einnehmen bzw. verteidigen.

Für die IU liefen die Regionalwahlen 2015, dort wo sie alleine antrat, ebenso ernüchternd, wie für Podemos. Ihr damals designierter Parteichef Alberto Garzón, der Cayo Lara im Juni 2016 ablöste, hatte deshalb keinen Versuch unterlassen, auf Podemos zuzugehen und ein gemeinsames Linksbündnis aus der Taufe zu heben. Iglesias aber blieb unversöhnlich und betonte, es werde „keinerlei Wahlabkommen mit der IU geben“. Der IU warf er vor, „im eigenen Saft mit roten Sternen zu schmoren“. Er bekräftigte, dass er „sehr erfreut“ darüber wäre, IU-Mitglieder wie seinen Freund Garzón in Podemos zu haben.²⁰ Vorbehalte bestanden insbesondere gegenüber dem starken und seit Jahrzehnten existenten IU-Parteiapparat und den widerstreitenden Gruppen innerhalb der Vereinten Linken. Besonders aber schreckte die Bürgerbewegung die Dominanz der PCE.

Iglesias' Einfluss auf Podemos aber machte an regionalen Grenzen auch immer wieder halt. So ist in Katalonien die aus der 2011 aufgetauchten Empörten-Bewegung entstandene Partei gemeinsam mit der

¹⁸ Vgl. http://politica.elpais.com/politica/2014/06/01/actualidad/1401652287_552889.html

¹⁹ Vgl. http://www.huffingtonpost.es/2014/08/17/podemos-afiliados-_n_5685353.html

²⁰ Vgl. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/975956.podemos-zeigt-iu-die-kalte-schulter.html>

„Initiative für Katalonien“ (ICV), ein Teil von IU, zu den Regionalwahlen 2015 angetreten. Diese Regionalwahlen wurden von Regionalregierungschef Artur Mas zu einer Abstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Zentralstaat umgedeutet. Das Bündnis aus ICV und Podemos schlug sich auf keine der beiden Seiten, weder der der Unabhängigkeitbefürworter noch der Gegner, sondern plädierte für mehr Demokratie und Souveränität der Bevölkerung gegenüber den herrschenden, oligarisch auftretenden Volksparteien. Am Ende erreichte das Wahlbündnis knapp zehn Prozent der Stimmen. Für Iglesias eine Niederlage und Zeichen, dass ein Bündnis mit der IU keine Erfolgschancen habe. In Wirklichkeit aber war dies angesichts der Zuspitzung beider Pole in Katalonien ein respektables Ergebnis.

Wegen der Weigerung der Podemosführung auch nach den Regionalwahlen in Katalonien ein landesweites Linksbündnis zu etablieren, hat die Izquierda Unida wenig später eigenmächtig die Plattform „Ahora en Común“ (Jetzt gemeinsam) gebildet. An waren neben der IU ebenso die grüne Partei „Equo“ und einzelne Podemos-Aktivisten beteiligt. Sie alle glaubten, dass nur die Vereinigung der Linken eine Chance bietet, im Dezember 2015 der griechischen Syriza zu folgen und eine einflussreiche Kraft im Land zu werden. Der Name der Initiative setzte sich aus den Namen der Aushängeschilder „Ahora Madrid“ und „Barcelona en Común“ zusammen. „Das ist keine Initiative gegen Podemos“, erklärte Garzón. Es gehe um die soziale Ordnung. „Die steht über allem, über Namen und Parteiabzeichen.“ Podemos-Generalsekretär Pablo Iglesias lehnte ein Bündnis dennoch weiterhin ab.²¹ Podemos lehnte ein Linksbündnis auch ab, weil sie über die traditionelle linke Wählerschaft hinaus wählbar sein wollten. Sie sehen das politische System Spaniens in einer tiefen Legitimationskrise und mit ihm auch die politische Linke. Podemos wich deshalb auf andere Begrifflichkeiten aus und stritt für eine „echte Demokratie“. Dadurch wollte sie eine neue Klassenlogik etablieren, die der Masse gegen die Oligarchie. Die relative Unbestimmbarkeit des Projekts Podemos machte sie jedoch angreifbar. Gleichzeitig ließ diese Offenheit auch ein breites politisches Bündnis zu, in dem ein hohes Spektrum von sozialem Leid ausgedrückt werden konnte: Der Unzufriedenheit wurde eine Form gegeben.²²

Die Unnachgiebigkeit Iglesias' allerdings hatte auch Podemos geschadet. Der Urwahlprozess der Partei zur Bestimmung der Liste für die Parlamentswahlen verlief ernüchternd: Nur 16 Prozent der Basis beteiligten sich. Selbst Personalcoups wie die Nachricht, dass der französische Ökonom Thomas Piketty Podemos bei der Formulierung eines Wirtschaftsprogramms unter die Arme greifen würde, halfen der Partei kaum aus den sinkenden Umfragewerten. Im Oktober stand sie nur noch auf Platz vier des Parteienrankings mit knapp 15 Prozent in Umfragen, also weit entfernt von Werten bis zu 30 Prozent zu Beginn des Jahres.²³ Kurz vor den Wahlen am 20. Dezember 2015 erweiterte die IU eilig ihr zunächst gebildetes Wahlbündnis „Ahora en Común“ um weitere Gruppen und Parteien und trat als „Unidad Popular: Izquierda Unida“ zur Wahl an. Bei den offenen Vorwahlen über die Spitzenkandidatur beteiligten sich 25.000 Bürger. 96 Prozent wählten Alberto Garzón zum Spitzenkandidaten. Beide Parteien traten am 20. Dezember 2015 also getrennt voneinander zu den Parlamentswahlen an.

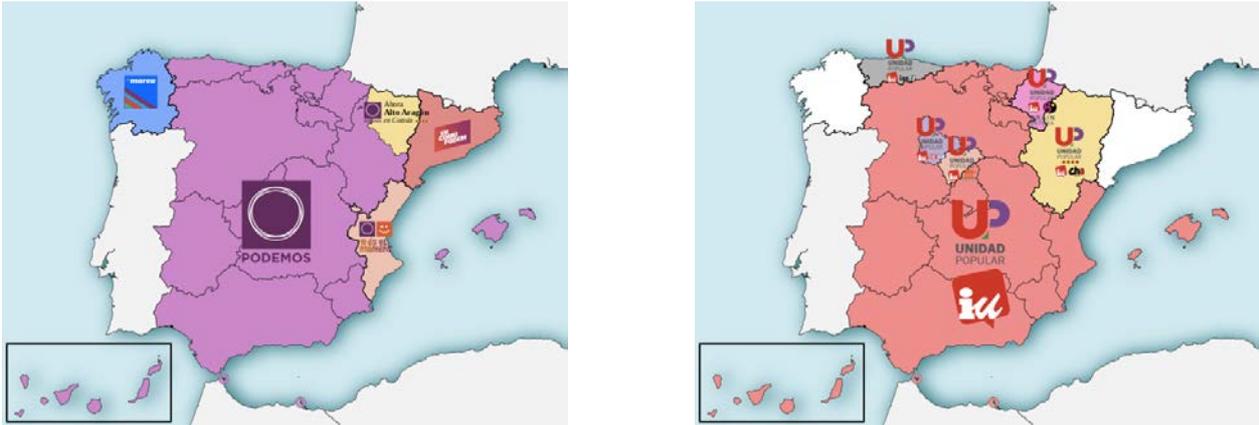
Die Regierungsbildung in Spanien gestaltete sich nach diesem denkwürdigen und historischen Wahlabend, dem Tod des traditionellen Zweiparteiensystems, mehr als schwierig. Weder reichte es für eine Koalition zwischen konservativer PP und rechtsliberaler C's, noch für eine Koalition zwischen PSOE, Podemos, IU weiteren regionalen Linksparteien. Für eine Mehrheit im Parlament sind 176 Stimmen benötigt.

²¹ Vgl. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/977598.iglesias-und-grummelnder-zwerg.html>

²² Vgl. Wollenhaupt, Jonas: Inside Podemos, in: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/984099.inside-podemos.html>

²³ Vgl. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/986995.podemos-will-den-alleingang.html>

Bild 5: Getrennte Wahlantritte von Podemos und Izquierda Unida 2015²⁴



Eine „portugiesische Lösung“, quasi in letzter Minute die Spaltung der Linken vor der Wahl zumindest nach der Wahl aufzuheben, war damit nicht mehr möglich. Spanien blieb somit vorerst im Verbund mit Merkels Austeritätspolitik.

Zwar konnte keine Links- oder Mitte-Linksregierung etabliert werden, dennoch wurde zum ersten Mal auf nationalstaatlicher Ebene das spanische Zweiparteiensystem aufgebrochen. Beide ehemaligen Volksparteien, die konservative Partido Popular (PP) und die sozialdemokratische PSOE erreichten gemeinsam kaum mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen (2011: 73 %). Spanien wurde damit vielleicht nicht einfacher zu regieren und vielleicht auch nicht linker, dafür aber demokratischer und vielfältiger.

Die konservative PP verlor 2015 dramatisch und damit ihre absolute Mehrheit im Parlament. Im Vergleich zu 2011 (PP: 44,6 %) verlor sie über 16 Prozent und kam nur noch auf etwas mehr als 28 Prozent der Stimmen. Auch die sozialdemokratische PSOE verlor nach 2011 erneut dramatisch und erreichte nur noch knapp 22 Prozent der Stimmen (2011: 28,7 %). Podemos wurde mit knapp über 20 Prozent der Stimmen hinter der PSOE drittstärkste Kraft und hatte damit das Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz zwei verloren.

Dort wo Podemos und Izquierda Unida gemeinsam antraten, wurden sie wie in Katalonien stärkste oder in Galizien zweitstärkste Kraft. Dort wo sie getrennt und damit gegeneinander antraten hat es ihnen - zumindest im Hinblick auf die komplizierte Sitzvergabe - eher geschadet. Ein Blick auf die Ergebnisse in den Regionen zeigt, dass beide im Bündnis mit den jeweiligen regionalen Partnern deutlich stärker im nationalen Parlament vertreten gewesen wären. Weil die Lage im Baskenland für beide Anti-Austeritätsparteien Podemos und Izquierda Unida kein Thema vor und im Wahlkampf war, traten dort sogar - mit Bildu - drei linke Kräfte gegeneinander an, die sich alle in einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) organisieren. Überraschend aber war, dass Podemos im Baskenland stärker abschnitt, als das deutlich links stehende Parteienbündnis Bildu.

Die Izquierda Unida verlor landesweit über drei Prozent der Stimmen im Vergleich zu 2011 und damit neun von ihren einst elf Mandaten. Enttäuschend dürfte für einige Eliten im Land auch das Abschneiden der rechtsliberalen Protestpartei Ciudadanos gewesen sein, die mit rund 14 Prozent der Stimmen nur auf dem vierten Platz landeten. Die Wahlbeteiligung war um über vier Prozent gestiegen. (2015: 73.21 %)

6. UNIDOS PODEMOS – VEREINT KÖNNEN WIR ES

Bereits bei der Wahl 2015 waren Izquierda Unida und Podemos in Katalonien und Galicien als Teil der Gemeinschaftskandidaturen En Comú Podem bzw. En Marea zusammen angetreten, in den anderen Wahlkreisen hatten sie jedoch gegeneinander kandidiert. Für die Wahl 2016 bildeten IU und Podemos zusammen mit der grünen Partei Equo die Gemeinschaftskandidatur Unidos Podemos. Diese trat

²⁴ Vgl. „Podemos 2015“ von Ignis Fatuus - Eigenes Werk. Lizenziert unter CC-BY-SA 4.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Podemos_2015.svg#/media/File:Podemos_2015.svg & Vgl. „UP 2015“ von Ignis Fatuus - Eigenes Werk. Lizenziert unter CC-BY-SA 4.0 über Wikimedia Commons - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:UP_2015.svg#/media/File:UP_2015.svg

landesweit außer in Katalonien, Galicien und in der Region Valencia an. In Katalonien und Galicien wurden die Gemeinschaftskandidaturen En Comú Podem und En Marea neu aufgelegt. In der Region Valencia trat die IU dem für die Wahl 2015 gebildeten Wahlbündnis Podemos-Compromís bei. Bei der Wahl 2016 traten daher Podemos und IU in keinem Wahlkreis gegeneinander an. Spitzenkandidat von Unidos Podemos war Podemos-Generalsekretär Pablo Iglesias. Alberto Garzón (Spitzenkandidat der IU bei der Wahl 2015) belegte Platz 5 auf der Liste für den Wahlkreis Madrid. Bei der Wahl 2016 traten so Podemos und IU in keinem Wahlkreis gegeneinander an.

Bild 6: Gemeinsamer Wahlantritt von Podemos & Izquierda Unida 2016²⁵



Die Umfragen vor den Neuwahlen vom 26. Juni 2016 zeigten alle ein eindeutiges Bild. Sämtliche Institute sahen weiterhin die konservative Volkspartei von Ministerpräsident Rajoy auf demselben Niveau wie 2015 auf Platz 1 vorn.

Ebenfalls waren sich alle sicher, dass Unidos Podemos auf Rang zwei mit rund 26 Prozent landen würde. Dieser Wert überstieg die Addition der Ergebnisse von Podemos und Izquierda Unida vom Dezember 2015 und schien damit alle Hoffnungen zu bestätigen.

Das Bündnis Unidos Podemos war ein breites und buntes, das mehr war als die auch personelle Addition der beiden Parteien Podemos und Izquierda Unida. Regionale Besonderheiten wurden ebenso berücksichtigt, wie bekannte Einzelkandidaten, u.a. die ehemalige attac-Koordinatorin Sol Sánchez.

Das Bündnis bot erneut einen neuen, frischen Wahlkampf, der viel auf Partizipation und Onlinekommunikation setzte. Unidos Podemos war bei allen gemessenen Werten mit Abstand die beliebteste Partei in den Sozialen Netzwerken. Internationale und nationale Künstler sprachen sich erneut für die Linke aus und warben für sie. Auch Adaptionen von dem Blockbuster Star Wars wurden auf Unidos Podemos zusammengeschnitten – der Kampf der Jedi gegen die dunkle Seite – PP und Rajoy! Ihr Wahlprogramm veröffentlichte das Wahlbündnis in Form und Aufmachung eines IKEA-Katalogs. Dieser erregte zudem sehr viel mediale Aufmerksamkeit und stellte in seiner Form – nicht nur von seinem Inhalt her – eine absolute Neuerung in der politischen Kommunikation in Spanien dar.

Vor allem aber unter den Jung- und Erstwählern war der Zuspruch für das neue linke Wahlbündnis Unidos Podemos hoch. Diese Bild zeichnet sich seit den Parlamentswahlen vom 20. Dezember 2015. Gleichzeitig verloren die ehemaligen Volksparteien PSOE und PP massiv an Zustimmung unter dieser Wählerschicht.

Leider, wie die Ergebnisse zeigten, konnte Unidos Podemos die guten Wahlumfragen nicht in ebenso gute Wahlergebnisse umsetzen. Am Ende reichte es – wie oben dargestellt – nur für Platz drei, hinter den Sozialdemokraten und nur 71 Sitze im Parlament. Nun wird viel seit dem Wahlabend über die weiteren

²⁵ Vgl. <https://www.facebook.com/izquierda.unida/photos/a.184127508866.126978.74858103866/10153813646513867/?type=3&theater> (Izquierda Unida)

Wege des Bündnisses diskutiert.

Was die Zukunft von Unidos Podemos angeht, dürften also die kommenden Tage, vor allem die Koalitionsgespräche, spannend werden. Vor dem Urnengang gab es in beiden Formationen, Izquierda Unida und Podemos Stimmen, die eine noch engere Verzahnung wünschten, manche sogar die endgültige Fusion zu einem politischen Projekt. Für diesen Ansatz steht der im Juni zum Parteichef von Izquierda Unida gewählte junge charismatische Alberto Gárzon – im Gegensatz zu Teilen der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE). Andere Stimmen wurden nun aber nach dem enttäuschenden Wahlergebnis vom 16. Juni 2016 laut, die eine Auflösung des Bündnisses forderten. Diese kamen aus der IU und aus Podemos. Trotz aller Beteuerungen weiter gemeinsam arbeiten und kämpfen zu wollen, dürfte insbesondere bei Podemos die Haltung von Generalsekretär Iglesias ausschlaggebend sein. Er hatte 2015 noch ein Bündnis vor den Wahlen verhindert und 2016 nur zögerlich seine Position revidiert. Die kommenden Monate werden also für die spanische Linke sehr spannende und mit Sicherheit arbeitsreiche werden.